

Archäologie im Rheinland 1920-1950, unter besonderer Berücksichtigung der NS-Zeit im Trierer Raum

Von Uta Halle

Archäologie in der NS-Zeit an Rhein und Mosel, da ist man schnell mitten in einem tabuisierten Themenkomplex, das haben - so weit ich dies aus der Ferne genauer verfolgen konnte - die heftigen Reaktionen auf die diesjährige Sonderausstellung „Propaganda. Macht. Geschichte. Archäologie an Rhein und Mosel im Dienst des Nationalsozialismus“ in Trier gezeigt. Wirft man aber einen Blick über den Tellerrand der eigenen archäologischen Disziplin und sieht in die Forschungsliteratur der Zeitgeschichte aus den letzten Jahren, so zeigt sich dort, daß es sich hierbei um ein ganz aktuelles Thema handelt. Die Zeitgeschichte weist daraufhin und sie fordert zu Recht, daß auch das Fach Vor- und Frühgeschichte bzw. dessen Forscherpersönlichkeiten bei der Aufarbeitung berücksichtigt werden sollten. Verknüpft ist der thematische Ansatz in der Zeitgeschichte immer mit dem Begriff „Westforschung“.

Was bedeutet dieser Begriff? Westforschung beinhaltet historisch oder geographisch ausgerichtete Arbeiten, in denen Fragen nach der kulturellen und ethnischen Zugehörigkeit entlang der Regionen am Rhein in früheren Zeiten untersucht wurden. Dies allein füllt den Begriff allerdings noch nicht vollständig, denn gleichzeitig müssen diese Forschungen eine weitere Intention besitzen. Mit Forschungsarbeiten dieser Art wurden vielfach politische Absichten, z. B. zur Durchsetzung von Gebietsansprüchen im Westen, miteinander verknüpft. Für die archäologische Forschung bedeutet dies: Wurden nach 1918 in der Rheinprovinz gezielt Studien, wie Materialzusammenstellungen, Prospektionen und/oder Ausgrabungen durchgeführt, um die linksrheinischen Gebiete und die benachbarten westlichen Staaten als „germanisch = deutsch“ reklamieren zu können und damit die Grenzen von vor 1918 wiederherzustellen oder legitimieren zu können?

Der im Titel des Beitrages angegebene zeitliche Rahmen (1920-1950) soll anhand mehrerer Fallbeispiele die archäologische Forschung in dieser Region punktuell ausleuchten. Die Beispiele beschäftigen mit jungsteinzeitlichem Feuersteinbergbau bei Aachen in den 20er Jahren und mit dem groß angelegten archäologischen Forschungsprogramm für die Rheinpro-

vinz in der NS-Zeit. Vorangestellt werden einige Anmerkungen zu den institutionellen und personellen Strukturen des Faches für den Zeitraum.

Institutionelle und personelle Strukturen des Faches

Das Fach Ur- und Frühgeschichte war in den ersten Jahrzehnten des 20. Jahrhunderts eine Disziplin im Status nascendi, entstehend aus verschiedenen Wurzeln im natur- und geisteswissenschaftlichen Bereich. Es gab keine einheitliche reichsweite Gesetzgebung für das Ausgrabungswesen. Die archäologische Forschung unterlag der föderalen Struktur und damit den Gesetzen der Länder bzw. der preußischen Gesetzgebung. 1914 wurde für die preußischen Provinzen ein Ausgrabungsgesetz verabschiedet. Der Erste Weltkrieg verhinderte für die folgenden Jahre das Inkrafttreten der dazugehörigen weiterführenden Ausführungsbestimmungen, so daß diese erst 1920 hinzukamen. Dadurch erhielt die Bodendenkmalpflege den Rang einer staatlichen Hoheitsaufgabe, soweit die Theorie. Doch wie sah es in der Praxis aus (*Abb. 1*)? Archäologische Forschung im Rheinland wurde durch die beiden Provinzialmuseen in Bonn und Trier betrieben. Andere Ausgrabungen/Forschungen wurden von der Römisch-Germanischen Kommission initiiert und finanziert. Interessierte Einzelpersonen beziehungsweise kleinere Heimatmuseen unternahmen einzelne Grabungen (meist Notgrabungen) und Forschungen. Nach einem durchaus glaubhaften Bericht aus dem Jahr 1930 war das „rheinische Ausgrabungswesen ... ein ständige(s) Gegenspiel von Staatsbehörden, Provinzialbehörden und städtischen Behörden, die sich die Arbeit gegenseitig erschweren, vor einander verheimlichen und dadurch ein umfassendes Ergebnis schlechterdings unmöglich machen.“

Bis zur Machtübernahme der Nationalsozialisten hatte sich an der föderalen Struktur für die Bodendenkmalpflege und den damit verbunden Problemen noch nichts geändert. Während der NS-Zeit scheiterten alle Bemühungen ein reichsweit gültiges Gesetz zum Schutz der Kulturdenkmale zu erlassen an den auseinanderstrebenden Absichten der NS-Stellen, die auf diesem Gebiet keine einheitliche Linie vertraten, sondern immer die Interessen der jeweiligen Partei- und Staatsorganisation verfolgten. Zu nennen sind hier vor allem die Auseinandersetzungen zwischen den Vertretern des Amtes Rosenberg und Wissenschaftlern, die der SS angehörten beziehungsweise ihr nahe standen. Trotz der Stagnation in der Gesetzgebung kam es zu Veränderungen: Die Bodendenkmalpflege im Rheinland wurde ab 1938 durch das „Landesamt für die vor- und frühgeschichtliche Denkmalpflege“ mit den Außenstellen an den Landesmuseen in Bonn und Trier organisiert.

Größere Forschungseinrichtungen oder Lehrstühle für Vorgeschichte bestanden neben den Provinzialmuseen im Rheinland nicht, sondern entstanden erst 1930 mit der Institutsgründung an der Universität Köln. Ein weiterer Ausbau erfolgte mit der Gründung des Instituts für Vor- und Frühgeschichte an der Universität Bonn 1938. „Leitung und ... Betreuung“ des Bonner Uni-

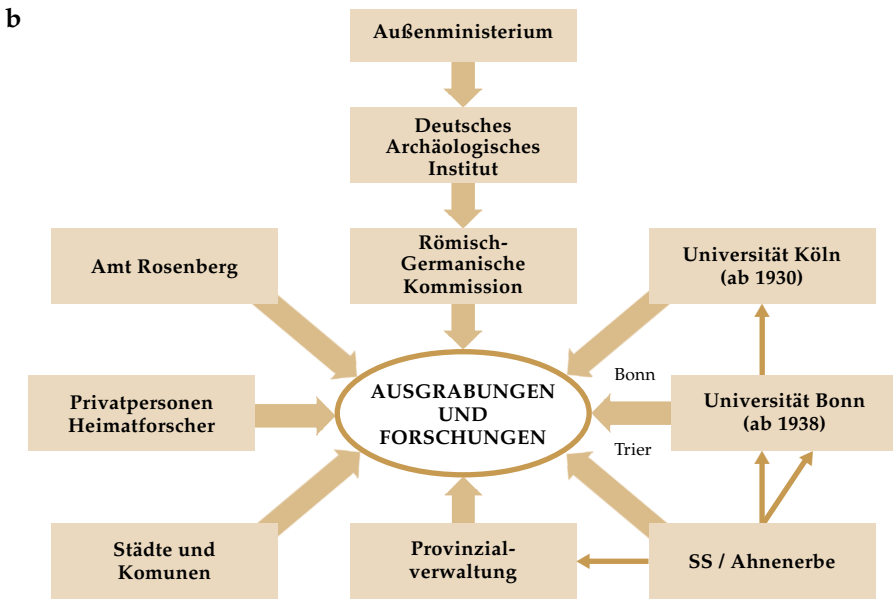
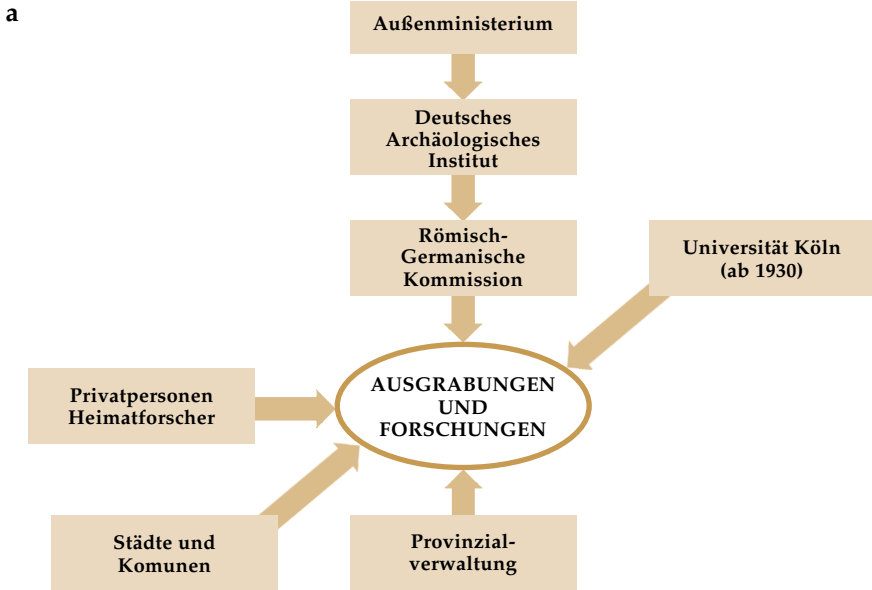


Abb. 1 **a** Archäologische Arbeit im Rheinland (1900-1935), **b** Archäologische Arbeit im Rheinland (1935-1945).

versitätsinstituts sollten „an Persönlichkeiten aus den Arbeitskreisen des unter dem Protektorat des Reichsführers SS stehenden Ahnenerbes übergehen“. Der neu gegründete Lehrstuhl für Vorgeschichte wurde mit Kurt Tackenberg besetzt, der gleichzeitig der Wunschkandidat des rheinischen Kulturdezernenten war. Tackenberg erhielt den Lehrstuhl nach 1945 nicht zurück. Es gab einen personellen Wechsel und das zerstörte Bonner Institut wurde seit 1948 durch Otto Kleemann geleitet. Wie diesen Angaben zur Organisation des Faches zu entnehmen ist, erlebte das Rheinland nach 1933 eine institutionelle Aufwertung der archäologischen Forschung. Untrennbar verknüpft ist dieser mit einem Namen, nämlich mit dem Kulturdezernenten Hans-Joachim Apffelstaedt, seit Herbst 1933 im Amt. Mit diesem bekam die Archäologie einen mächtigen parteigebundenen Vorkämpfer. Der rheinische Kulturdezernent erhöhte in den ersten fünf Jahren seiner Tätigkeit allein die Sachausgaben - ohne Publikations- und Personalkosten - von 3500 RM im Jahr 1933 auf über 100 000 RM im Jahr 1938 und schuf damit die finanzielle Grundlage für die Ausgrabungstätigkeit.

Apffelstaedt entschied in personellen Angelegenheiten für die Vorgeschichtsforschung nichts ohne Rücksprache mit Gero von Merhart, dem Inhaber des ersten ordentlichen Lehrstuhls für Vorgeschichte in Deutschland an der Universität Marburg. Und so zeigen die Stellenbesetzungen im Rheinland eindeutig dessen Handschrift. Durch diese Empfehlungen kamen bis 1936 insgesamt sechs junge Archäologen, oftmals schon Parteimitglieder, auf Stellen im Rheinland. Damit wurde der personelle und planmäßige Grundstock für die „Germanisierung“ der Forschung im Rheinland gelegt, in dem ein miteinander verzahntes und vertrautes Netzwerk von jungen und ehrgeizigen Wissenschaftlern geknüpft wurde. Zu nennen sind hier als Prähistoriker die Namen W. Buttler, der allerdings 1936 ins Reichserziehungsministerium nach Berlin wechselte und 1940 an der Westfront ums Leben kam, K. Böhner, R. von Uslar, W. Dehn, W. Kersten. Kersten fiel im Zweiten Weltkrieg, die anderen setzten nach 1945 ihre Karrieren fort, obwohl die archäologische Arbeit in der Rheinprovinz weitestgehend durch Wissenschaftler, die dem Ahnenerbe der SS angehörten oder ihm nahe standen, betrieben worden war. Der einzige Archäologe, der noch zum Reichsbund für deutsche Vorgeschichte und damit zum Amt Rosenberg gehörte, war der Duisburger Rudolf Stampfuss, der nach 1945 nur noch als Leiter des Hauses der Heimat in Duisburg arbeiten konnte. Einen Sonderfall bildet W. von Stokar, der an der Berliner Universität bei Reinerth studiert und promoviert hatte und damit im Amt Rosenberg aktiv war. Er vollzog Ende 1937 den Wechsel vom Amt Rosenberg zum SS-Ahnenerbe. Nach 1945 kam er nicht wieder ins Fach.

Nach 1918 begann im Fach eine rege Diskussion über die als mangelhaft empfundene gesetzliche Regelung in der Bodendenkmalpflege. Dabei wurde hier in der Rheinprovinz immer wieder der Vergleich zur provinzialrömischen Archäologie gezogen, die von verschiedenen Seiten als bevorzugte Disziplin angesehen und als solche gebrandmarkt wurde. Die

Prähistorie galt als „haarsträubend vernachlässigt“ und deshalb wurden „Ausgrabungen der nachrömischen Zeit ... (um) sich ein Bild von der Entwicklung der Rheinprovinz von der Prähistorie bis ins Mittelalter hinein zu machen“ gefordert. Es war also nicht primär eine Verlagerung der Forschungsinteressen, sondern der Druck des sich entwickelnden Faches und zugleich der zunehmende Einfluß der völkischen Heimatbewegung, der zu den Veränderungen in den Aktivitäten des Provinzialverbandes führte.

Grenzüberschreitende Forschung in den 20er Jahren: Das Feuersteinbergwerk auf dem Lousberg bei Aachen

Es gab in diesen Jahren zwischen 1920 und 1930 in der Rheinprovinz kaum archäologische Untersuchungen, die grenzüberschreitend waren. Zu nennen sind hier die „Ausgrabungen im Grenzbezirk, die zum Teil auch über die holländische und belgische Grenze“ übergriffen und die durch den Aachener Studienrat J. Liese mit Erlaubnis des dortigen Regierungspräsidenten durchgeführt wurden. Lieses Arbeiten „erstreck(t)en sich vor allem auf die Klärung der Siedlungsgeschichte der Aachener Gegend in der jüngeren Steinzeit, - eine Aufgabe, die nur in engster Verbindung mit den holländischen und belgischen Museen und Fachgelehrten gelöst werden“ sollte. Der Regierungspräsident berichtete, daß der Aachener Lehrer „gute Beziehungen“ zu den Stellen im benachbarten Ausland besäße. Finanziert hatte Liese diese Untersuchungen „zum grossen Teil aus eigener Tasche“. Liese konnte 1930 seine Forschungen unter dem Titel „Das Aachener Land in der Steinzeit“ veröffentlichen. Seine grenzüberschreitende Arbeit hing damit zusammen, daß er sich den Lousberg, den Zeugenberg am Nordrand des Aachener Kessels, als bevorzugtes Forschungsobjekt vorgenommen hatte (Abb. 2). Liese, der schon in den ersten Jahrzehnten des 20. Jahrhunderts immer wieder den Lousberg begangen und Steinartefakte gesammelt hatte, erkannte durch seine Geländesprospektionen als erster,



Abb. 2 Aachen mit dem Lousberg im Hintergrund.

Abb. 3 Feuersteinbergwerk auf dem Lousberg.

daß dort ein jungsteinzeitliches Feuersteinbergwerk lag (Abb. 3) und korrigierte damit ältere Forschungsansichten. Seine Funde aus der näheren und weiteren Umgebung des Aachener Landes wies er als am Lousberg abgebauten und verarbeiteten Rohstoff nach (Abb. 4). Bis heute gilt Liese als Entdecker des dortigen Feuersteinbergwerkes. Der Aachener Studienrat spiegelt mit seiner Arbeitsweise den typischen bildungsbürgerlichen Heimatforscher der 20er Jahre



wider, wie wir sie im Zeitalter der zunehmenden Verwissenschaftlichung und Professionalisierung des Faches Vor- und Frühgeschichte noch für viele Ort und Regionen kennen. Lieses Sammel- und Forschungsarbeit dürften von den belgischen bzw. niederländischen Ausgrabungen in den dortigen Feuersteinbergwerken Spiennes und Rijckholt beeinflusst worden sein. Ausgrabungen wie in den Nachbarländern wurden für den Lousberg nicht geplant, dazu galt Liese zu sehr als Einzelkämpfer. Einen politischen Background seiner Arbeit festzustellen, will nicht gelingen, denn Liese war nicht eingebunden in ein Netzwerk verzahnter, politisch agierender Archäologen. Trotzdem wurde ihm seine Arbeit in Fachkreisen als „großes Verdienst“ angerechnet, denn das Aachener Land war für die Prähistoriker „als Grenzland nach Belgien und weiter nach Nordfrankreich hinein überaus wichtig ... und bedeutungsvoll“. Auf Lieses Forschung baute die Studie von K. Brandt zur überregionalen Bedeutung des Lousberg-Feuersteins auf, die 1941 erschien. Die wissenschaftliche Bedeutung seiner Arbeit wurde in der Zeit des NS-Regimes im Aachener Museum dargestellt, wo

in einem Ausstellungsraum Funde aus den jungsteinzeitlichen Feuersteinbergwerken Lousberg, Spiennes (Belgien) und Rijckholt (Niederlande) einander gegenübergestellt wurden. In den ersten Jahrzehnten der Bundesrepublik gab es keine weiteren Forschungen zu diesem Thema. Erst in den 70er Jahren bestätigte die Archäologie über größere Ausgrabungen am Lousberg die von Liese vorgestellten Ergebnisse.



Abb. 4 Feuerstein vom Lousberg.

Das nationalsozialistische Forschungsprogramm im Rheinland

Bis 1935 beschränkten sich die geplanten Forschungsvorhaben der Provinzialverwaltung auf rechtsrheinische Gebiete, durchgeführt wurden allerdings immer Not- beziehungsweise Rettungsgrabungen sowohl im rechts- wie auch im linksrheinischen Teil des Rheinlandes. Weiterhin galten viele Grabungen den römischen Befunden, allerdings läßt sich ab 1935 eine Verschiebung feststellen, sichtbar und deutlich erkennbar im Forschungsprogramm der Rheinprovinz. Im April 1936 veröffentlichte Apffelstaedt sein großangelegtes Forschungsprogramm für die Rheinprovinz, das Schwerpunkte für Forschung an den Ringwallanlagen bzw. zu den Grabhügelfelder und zur fränkischen Landnahme (Siedlungen und Gräberfelder) enthielt. Ab 1936 wurden erste kleinere Forschungsgrabungen auch im linksrheinischen Gebiet gemacht. Auch für den Trierer Raum läßt sich dieser „Germanisierungsschub“ der Forschung nachweisen. Hier sind zu nennen:



Abb. 5 Forschungsgrabung des Gräberfeldes von Horath.

Aus dem Schwerpunkt Grabhügel: das Gräberfeld von Horath, Kr. Bernkastel-Wittlich (1933-1937) mit 184 Brandgräbern der Hallstatt- und Latenezeit (Abb.5);

Aus dem Ringwallschwerpunkt: Der Ringskopf bei Allenbach (1935-1936) wurde als Grabung dem Forschungsprogramm zugeordnet; 1937-1938 der Ringwall von Otzenhausen (laut Ausstellungskatalog bis 1940 (Westfeldzug); nach den Angaben in der Trierer Zeitschrift „mußte die Arbeit [dort 1939 U. H.] ruhen“, der Burgberg bei Kordel (1939);

Zum Schwerpunkt Franken: Das Gräberfeld von Eisenach mit über 100 Gräber des 6. und 7. Jahrhunderts (1936/37).

Diese Grabungen sind damals nur als kurze Vorberichte veröffentlicht worden, da in vielen Fällen weitere Grabungskampagnen angedacht waren, oder zusätzliche Untersuchungen, wie anthropologische Bestimmungen erfolgen sollten. Auf die dort benutzte Sprache mit ihren militärischen Metaphern und Verbindung zur Blut- und Boden-Ideologie der Nationalsozialisten hat Hans-Peter Kuhnen im Ausstellungskatalog mehrfach hingewiesen.

Bei anderen Grabungen, die Zeiten galten, die durch das Forschungsprogramm angesprochen werden, gilt allerdings, das sie durchgeführt wurden, weil die Stellen durch Zufall bei Wegebauarbeiten entdeckt wurden, so z. B. das spätlatènezeitliche Brandgräberfeld von Hoppstädten, Kr. Birkenfeld (Abb. 4), durch den Autobahnbau (die Hügelgräber von Rascheid). Weitere geplante Forschungsgrabungen erfolgten allerdings

Abb. 4 Zufallsbedingte Ausgrabung des Gräberfeldes von Hoppstädten.

bis zum Kriegsbeginn nicht, die Personaldecke war trotz der Aufstockung zu dünn und die rege Bautätigkeit (Autobahn, Westwall) machte viele Notgrabungen erforderlich.

Wie zuvor aufgezeigt, begann die offensive archäologische Forschung im Rheinland erst im Jahr 1936. Drei Jahre später begann der Krieg und ab 1943 bestand Papierknappheit. In den Jahresberichten des Trierer Museums spiegelt sich der Kriegsbeginn durch Äußerungen wie „Der Kriegsausbruch hat ... manche im Bereich der Frankenzeit und des späteren Mittelalters liegende Betätigungsabsichten des Landesmuseums“ getroffen oder „so hat ein wichtiger Programmpunkt des Museums, das sich besonders der Verfolgung aller Siedlungsspuren aus Frankenzeit und frühem Mittelalter zur Aufgabe gestellt hatte, vorläufig einen Aufschub erfahren.“ Und für das Kriegsjahr 1940 stellt der Verfasser des Berichtes fest, „an eine planmäßige Grabungstätigkeit war im Allgemeinen nicht zu denken.“



Drei beziehungsweise sechs Jahre sind für die archäologische Arbeit, die eine sorgfältige und kostenintensive Dokumentation erfordert, eine kurze Zeit. Aus diesem zusätzlichen Grund ist es nicht verwunderlich, daß kaum umfassende Veröffentlichungen aus der Spätphase des Nationalsozialismus vorhanden sind. Längere Abhandlungen von gefallenem Archäologen wurden postum ohne Änderungen des nationalsozialistischen Vokabulars gedruckt, wie zum Beispiel der Aufsatz „Die niederrheinische Grabhügelkultur“ des ehemaligen Bonner Archäologen W. Kersten mit äußerst verräterischem Vokabular in den Bonner Jahrbüchern von 1948. Die Wissenschaftler, die nach 1945 ihre Karrieren in dem tragenden Netzwerk ehemaliger Ahnenerbe-Mitarbeiter fortsetzen konnten, griffen auf die gemachten Ergebnisse zurück und veröffentlichten sie nach 1945 unter den demokratischen Bedingungen der Bundesrepublik. Da sie zuvor noch nicht publiziert worden waren, konnten die Monographien und Aufsätze in aller Ruhe erarbeitet werden, ohne sie umzuschreiben, wie dies für viele historische Werke gemacht werden mußte. Als Beispiele zu nennen sind hier die Studie von K. Böhner über „Die fränkischen Altertümer des Trierer Landes“ (1958), in der auf zahlreiche fränkische Funde in Belgien verwiesen wird und „Studien zur frühgeschichtlichen Befestigung zwischen Nordsee und Alpen“ von R. von Uslar (1964) und weitere Beispiele, die im Trierer Ausstellungskatalog angeführt sind. Diese Publikationen

werden heute schon aufgrund des jeweiligen Erscheinungsjahres nicht mehr unbedingt mit Forschungsarbeiten in der NS-Zeit in Verbindung gebracht werden.

Zum Schluß möchte ich nochmals auf die eingangs gestellte Frage zurückkommen: Wurden nach 1918 gezielt Studien, wie Materialzusammenstellungen, Prospektionen und/oder Ausgrabungen durchgeführt, um die linksrheinischen Gebiete und die benachbarten westlichen Staaten als „germanisch = deutsch“ reklamieren zu können? Haben wir es hier also vergleichbar zu anderen Fächern, mit einer zielgerichteten Westforschung zu tun? Das, was hier vorgestellt wurde, läßt den Eindruck entstehen, daß man jeweils über Personalfragen und Notgrabungen nicht hinaus gekommen ist. Aber dieser Eindruck könnte täuschen, denn noch sind nicht alle Akten zu diesem Themenbereich ausgewertet. Es fehlt z. B. noch eine genauere Auswertung der militärischen Kunstschutzakten. Wie der 2001 erschienene Aufsatz von H. Fehr zeigt, können diese noch weitere wertvolle Hinweise enthalten. Ausgespart habe ich ein weites Feld archäologischer Forschung, nämlich die seit den 30er Jahren verstärkt angelaufenen Arbeiten der Frühmittelalterarchäologie zu den Franken. Nicht angeschnitten habe ich die Aktivitäten und Pläne, die von rheinischen Archäologen ab 1940 für die nunmehr besetzten europäischen Nachbarstaaten entwickelt wurden. Ausgespart blieb auch der Einsatz des Tübinger SS-Archäologen Gustav Riek, der in Luxemburg gegraben hat und bei dem die Zeithistoriker und die Archäologen z. Zt. noch nicht zu einer übereinstimmenden Antwort auf die Frage kommen, mit welchen Leuten er die Grabungen durchführte: Ob, wie die Zeitgeschichte veröffentlicht hat, mit Häftlingen des SS-Sonderlagers Hinzert oder mit den „nicht freiwilligen“ Soldaten der Luxemburger „Freiwillgekompanie“. Unbekannt ist auch, was Wolfgang Dehn, der als Mitarbeiter des Landesmuseums Trier Riek in Hinzert besuchte, dort mitbekommen hat.

Insgesamt liegt in diesen angeschnittenen Themenbereichen aber noch ein weites Desiderat der archäologischen Wissenschaftsgeschichte und hierzu sind Detailstudien zu Grabungen und Forscherpersönlichkeiten erforderlich, vor allem auch um die Verknüpfungen zur rheinischen Landesgeschichte und deren Wissenschaftlern detaillierter darzustellen. Ein Anfang ist hier mit der Ausstellung und dem dazugehörigen Begleitband in Trier gemacht.

Literatur

H. Fehr, Hans Zeiss, Joachim Werner und die archäologischen Forschungen zur Merowingerzeit. In: H. Steuer (Hrsg.), Eine hervorragend nationale Wissenschaft. Deutsche Prähistoriker zwischen 1900 und 1995 (Berlin/New York 2001) 311-416. – U. Halle, Archäologie und Westforschung. In: B. Dietz/H. Gabel/G. Mölich (Hrsg.), Griff nach Westen. Die „Westforschung“ der völkisch-nationalen Wissenschaft zum nordwesteuropäischen Raum (1919-1960). Studien zur Geschichte und Kultur Nordwesteuropas 6 (Münster/New York/München/Berlin 2002) 53-76. – U. Halle, „Der Reichsführer SS wird sich für positive Ergebnisse an den Externsteinen stark interessieren.“ - Die Mittelalterarchäologie im Spannungsfeld nationalsozialistischer Forschung und Propaganda. Mitteilungen der Arbeitsgemeinschaft für Archäologie des Mittelalters und der Neuzeit 12, 2001, 50-54. – U. Halle/M. Schmidt, „Es handelt sich nicht um Affinitäten von Archäologen zum Nationalsozialismus - das ist der Nationalsozialismus“. Bericht über die internationale Tagung „Die mittel- und osteuropäische Ur- und Frühgeschichtsforschung in den Jahren 1933-1945“ (Berlin 19.-23. November 1998). Archäologische Informationen 22, 1999, 41-52. – C. Hebben, Ein Museum unter dem Hakenkreuz. Das Rheinische Landesmuseum Trier im Spannungsfeld von Ideologie und Wissenschaft 1933-1945. In: H.-P. Kuhnen (Hrsg.), Propaganda. Macht. Geschichte. Archäologie an Rhein und Mosel im Dienste des Nationalsozialismus. (Trier 2002) 93-138. –F. Unruh, „Einsatzbereit und opferwillig“ – Drei Wissenschaftler des Rheinischen Landesmuseums Trier im Dienst in den besetzten Westgebieten (Wolfgang Dehn, Wolfgang Kimmig, Harald Koethe). In: H.-P. Kuhnen (Hrsg.), Propaganda. Macht. Geschichte. Archäologie an Rhein und Mosel im Dienste des Nationalsozialismus. (Trier 2002) 151-188.

Abbildungsnachweis

Abb. 1 a, b Verfasserin.

Abb. 2-3 Nach J. Weiner, Der Lousberg bei Aachen - ein Feuersteinbergwerk aus der Jungsteinzeit. In: H. Hellenkamp u. a. (Hrsg.), Archäologie in Nordrhein-Westfalen. Geschichte im Herzen Europas (Mainz 1990) 139; 141.

Abb. 4 Nach J. Weiner, Ein Feuersteinbergwerk der Jungsteinzeit. Archäologie in Deutschland 2000/3, 22.

Abb. 5-6 RLM Trier, Fotoarchiv.